



Gerold Reichenbach, MdB

© Corrine van den Broek

Trump gewinnt US-Präsidentenwahl

Der Wahlkampf in den USA ist zu Ende. Nicht Hillary Clinton, wie wir alle es gewünscht hatten, sondern Donald Trump hat die Wahl gewonnen. Veränderungen in der US-Außenpolitik beeinflussen auch immer die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dies ist einer der zahlreichen Gründe, warum sich die SPD-Bundestagsfraktion klar für Hillary Clinton mit ihrem berechenbaren außenpolitischen Konzept ausgesprochen hat. Donald Trump ist nicht unser Wunschkandidat. Er hat sich im Wahlkampf autoritär, chauvinistisch präsentiert. Er hat ausgeteilt gegen Frauen, Schwule und ethnische Minderheiten und hat sich bisher nicht als Unterstützer von Gewerkschaften ausgezeichnet. Und trotzdem hat das US-amerikanische

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Carolin Lühe

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

Erfolgreicher Abschluss der Haushaltsberatungen – Die Nacht der langen Messer

Von der Vorstellung des Kabinettsentwurfes über die erste Lesung im Plenum und die Beratung der Einzelpläne im Haushaltsausschuss bis zur gestrigen Bereinigungssitzung: Mehrere Wochen dauern die parlamentarischen Haushaltsberatungen schon an. In den frühen Stunden dieses Freitagmorgens hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages seine Beratungen zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung nun abgeschlossen. Seite für Seite wurden die Einzelpläne in der sogenannten Nacht der langen Messer abgestimmt. Es ist ein großer Erfolg dieser Legislaturperiode, dass die Koalition trotz der deutlichen Belastungen zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen kann. Erneut bewahrheitet sich jedoch der von der SPD-Bundestagsfraktion vertretene Grundsatz, dass solide Finanzpolitik kein reiner Selbstzweck ist, sondern Freiräume für wichtige politische Entscheidungen schaffen soll.

Vor diesem Hintergrund können wir höchst zufrieden sein: In den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Integration, Kultur und innere Sicherheit konnten in der Bereinigungssitzung wieder wichtige sozialdemokratische Impulse gesetzt werden.

Als zuständige Berichterstatte für den Etat des Bundesfamilienministeriums freut sich Ulrike Gottschalck ganz besonders über zusätzliche Mittel für die Jugendmigrationsdienste (+8 Mio. Euro), C1-Sprachkurse für hochschulorientierte Flüchtlinge (+ 15 Mio. Euro), die Jugendverbände (+2 Mio. Euro) und die Wohlfahrtsverbände (+ 8 Mio. Euro), von denen insbesondere die psychosozialen Therapie- und Folteropferzentren profitieren. Für die Bundesstiftung Mutter und Kind und das Deutsch-Polnische Jugendwerk konnte die SPD ebenfalls Erhöhungen durchsetzen.

Zwei weitere Punkte waren Ulrike Gottschalck ein ganz persönliches Anliegen: Erstens wurden in der gestrigen Bereinigungssitzung zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz freigegeben, von denen auch der Kasseler Messinghof erneut mit 150.000 Euro profitiert. Um den Messinghof als Kulturdenkmal der nationalen Industriegeschichte und als Fertigungsort des Herkules zu erhalten, sind bereits in den vergangenen Jahren Bundesgelder geflossen.

Vor allem aber ist es ihr gelungen, 12 Mio. Euro für den Neubau eines documenta-Instituts nach Kassel zu holen – einer Forschungseinrichtung, die die documenta nicht nur im Hinblick auf ihre Geschichte aufarbeitet, sondern unter interdisziplinär angelegten Fragestellungen sowie im Kontext einer globalen zeitgenössischen Ausstellungskultur untersucht und auf diese Weise dessen globaler Reichweite Rechnung trägt.

Volk Donald Trump zu ihrem 45. Präsidenten gewählt. Wir müssen und werden dies anerkennen. „Wir haben es nicht mehr mit dem Wahlkämpfer, sondern mit dem Präsidenten Trump zu tun, und dem sollte man auch eine Chance geben“, erklärt Martin Schulz am Mittwoch in Welt online. Sigmar Gabriel hat recht, wenn er im vorwärts online erklärt „Wir Europäer müssen nach vorne schauen und uns selbstbewusst auf die neue Lage einstellen. Sicherheit und Frieden werden in Zukunft viel stärker von uns selbst abhängen als von den USA.“ EU-Parlamentspräsident Schulz sagte im Interview mit der ARD, das politische System der USA sei stark genug auch für eine Präsidentschaft des Republikaners Trump.

Für uns ist noch unklar, was eine Präsidentschaft Trumps konkret für Europa und Deutschland bedeutet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns jedenfalls weiterhin und mit Nachdruck gegen nationale Abschottung und für die europäische Idee der Kooperation und des Friedens ein. Wir kämpfen für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. In einem aggressiver gewordenen internationalen und nationalen Klima mit Putin in Russland, Erdogan in der Türkei, Le Pen in Frankreich, Kaczynski in Polen, Orban in Ungarn, Wilders in den Niederlanden und der AfD in Deutschland werden wir zukünftig für unsere sozialdemokratischen Ziele noch mehr eintreten und kämpfen müssen. Offenbar teilen viele Bürgerinnen und Bürger diese Einschätzung: Nach Informationen unserer Generalsekretärin Katarina Barley bekommen wir in diesen Stunden große Unterstützung. Wir erleben eine Eintrittswelle wie seit Jahren nicht mehr. Allein in den vergangenen 24 Stunden konnte die SPD online mehr

Ein Einwanderungsgesetz für Deutschland

Die SPD-Fraktion hat am Montag einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Es soll die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten steuern. Kernelemente des Gesetzesvorschlags: eine jährlich flexible Einwanderungsquote, die Deutschlands Fachkräftebedarf berücksichtigt, und ein transparentes Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Ziel ist es, das Gesetz weiter auszuarbeiten und noch vor der Bundestagswahl 2017 zu verabschieden.

Deutschland wird im nächsten Jahrzehnt massiv vom demografischen Wandel betroffen sein. Sinkende Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung stellen die deutsche Wirtschaft, die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme vor enorme Herausforderungen. Einwanderung allein aus der Europäischen Union wird in vielen Branchen und Mangelberufen nicht ausreichen. In den nächsten zehn Jahren verliert Deutschland mehr als sechs Millionen Erwerbstätige.

Vorrangiges Ziel ist es, die hier lebenden Arbeitskräfte besser zu mobilisieren und zu qualifizieren. Das soll durch die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, die Qualifizierung junger Menschen ohne Berufsausbildung sowie durch Aus- und Weiterbildung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Erwerbsloser erreicht werden. Darüber hinaus will die SPD-Fraktion Migrantinnen und Migranten, die bereits hier leben, besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Doch klar ist: Alle diese Bemühungen werden nicht ausreichen, um genügend neue Fachkräfte zu mobilisieren. Deutschland ist daher auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Die Regelungen zum Asylrecht bleiben vom Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes unberührt: Politisch Verfolgte haben auch weiterhin einen Anspruch auf ein Asylverfahren. Mit ihrer Aufnahme kommt Deutschland seiner humanitären Verpflichtung nach.

Für diejenigen, die nicht auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland kommen, sondern Arbeit und ein besseres Leben suchen, steht das Asylverfahren aber nicht zur Verfügung. Der Wunsch nach einem Arbeitsplatz ist verständlich, aber kein Asylgrund. Auch deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion Klarheit schaffen, wer nach Deutschland einwandern kann und wer nicht. Dass genau definierte Einwanderungsangebote die Asylverfahren deutlich entlasten können, zeigt das Beispiel der befristeten Arbeitsvisa für den Westbalkan. Einen solchen Effekt erhofft sich die SPD-Fraktion auch von dem Einwanderungsgesetz.

Während der Schutz vor Verfolgung und Menschenrechtsverletzung frei von Nützlichkeitsabwägungen bleiben muss, kann Deutschland die Einwanderung von Arbeitskräften hingegen steuern und nach landeseigenen wirtschaftlichen Interessen ausrichten. Ein transparentes Einwanderungsgesetz ist daher notwendiger denn je.

als 250 neue Mitglieder begrüßen. Weiter so!

Wir wollen und müssen in den nächsten Tagen und Wochen den Wahlausgang analysieren und diskutieren: Was bedeutet das Ergebnis für Deutschland, Europa und eine immer multipolarer werdende Welt? Wie werden sich die Beziehungen zu Russland und China verändern? Welche Auswirkungen auf das US-amerikanische Engagement in Krisengebieten wie Syrien oder der Ukraine sind zu erwarten?

Übrigens: Im Auftrag der OSZE haben von den hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel aus Fulda und Dr. Jens Zimmermann aus dem Odenwald die Wahl vor Ort in Washington beobachtet.

Besuch aus Kelsterbach im Bundestag

Die IGS Kelsterbach aus dem Wahlkreis von Gerold Reichenbach besuchte den Deutschen Bundestag am 01.11.2016.

Auf Einladung des Abgeordneten Gerold Reichenbach besuchten vier zehnte Klassen der IGS Kelsterbach den Deutschen Bundestag. Sie nahmen an einem Informationsvortrag über die Arbeits- und Funktionsweise des Parlaments teil. Danach hatten die Schüler Gelegenheit Mitarbeitern von Gerold Reichenbach Fragen zu stellen. Die Gruppe interessierte dabei vor allem der Büroalltag, der allgemeine Parlamentsbetrieb aber auch rechtliche Fragestellungen wie der gesetzliche Schutz von Abgeordneten. Abgerundet wurde der Besuch durch eine Besichtigung der Reichstagskuppel.

Projektfördervorhaben in Höhe von 1,8 Millionen Euro für den Kreis Groß-Gerau

Nach Auskunft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) werden Unternehmen im Kreis Groß-Gerau mit einer Gesamtfördersumme von 1.885.278,58 Euro unterstützt. Dies teilte der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach mit.

Die Förderung des Wirtschaftsministeriums kommt 19 unternehmerischen Vorhaben in den Bereichen der Automobilbranche, dem Computer Aided Engineering (CEA) und für Kunststoff-Rohrsysteme zugute.

Gefördert werden unter anderem die Adam Opel AG, Frank GmbH und TECOSIM Technische Simulation GmbH. „Ich bin mir sicher, dass die bereitgestellten Summen am Automobil- und Elektromobilitätsstandort Kreis Groß-Gerau einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten“, so Gerold Reichenbach abschließend.

Haushaltsberatungen: Technisches Hilfswerk massiv gestärkt

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach freut sich über die deutliche Stärkung für das Technische Hilfswerk (THW) in den Haushaltberatungen zum Haushalt 2017:

„Der Fahrzeugbestand des THW ist überaltert. Daher haben wir ein Fahrzeugprogramm von 100 Millionen Euro bis 2023 beschlossen. Bereits im nächsten Jahr wird das THW damit voraussichtlich 188 neue LKW und Bergungsräumgeräte beschaffen können. Zur Stärkung des Ehrenamtes stellen wir außerdem 3,2 Millionen Euro für eine Kampagne zur Helfer- und Nachwuchsförderung bereit.“

Reichenbach erklärt weiter, dass das THW erneut personell gestärkt und die Stellenstruktur verbessert wird. Nach den 208 zusätzlichen Stellen im letzten Jahr, haben wir 144 zusätzliche Stellen als Unterstützungskräfte für die Ortsverbände beschlossen. Noch wichtiger ist es aber, den Beschäftigten längerfristig Perspektive zu bieten. Deshalb haben wir ein Hebungsprogramm mit einem Umfang von 167,5 Stellen beschlossen. Damit soll der hohen Personalfuktuation bei technisch orientierten Funktionen entgegen gewirkt und das großartige Engagement des THW-Personals gewürdigt werden.

„Mit dem 2015 beschlossenen 27 Millionen Euro umfassenden Bau- und Sanierungsprogramm für marode THW-Unterkünfte, der dauerhaften Erhöhung der Mittel für die Ortsverbände um acht Millionen Euro (2016), dem nun beschlossenen Fahrzeugprogramm, dem Stellenaufwuchs im vergangenen und in diesem Jahr und den 167,5 Hebungungen haben wir in dieser Legislaturperiode für außerordentlich erfolgreiche Jahre des THW sorgen können“, so Reichenbach abschließend.